

MARGETSHÖCHHEIMER MITTE



die Liste für Umwelt und Natur

97276 Margetshöchheim, Mainstraße 1, Tel. 0931/26081973
... aktueller geht's nicht mehr: www.margetshoechheimer-mitte.de ...

Juni 2021

-BLÄTTLE

 Nr. 132

Sie haben die Wahl für das Gebiet an der Zeilwegefahrt:

- Erhalt des naturnahen Ortseingangs oder
- Standort für ein Bürogebäude und ein Streuobstzentrum

Margetshöchheims erster Bürgerentscheid

Was soll am Zeilwegeingang entstehen?

Bekanntlich hat die Gemeinderatsmehrheit aus CSU und SPD die Bebauung des Streuobstbereichs an der Zeilwegefahrt mit einem Bürogebäude und einem Streuobstzentrum abgesegnet und bei den Fachbehörden durchgesetzt, dass dort gebaut werden kann. Ursprünglich gab es sogar Pläne, dort vier Gewerbebauten mit Dutzenden von Stellplätzen anzusiedeln. In den letz-

ten Jahren und Jahrzehnten gab es bereits die unterschiedlichsten Ideen für die Nutzung dieser Fläche. Sie reichten von einem Standort für einen Verbrauchermarkt über ein Feuerwehrhaus bis hin zu einem Kindergartengelände und einem Spielplatz für das Baugebiet Zeilweg. Die Spielplatznutzung hatte die MM vorgeschlagen, was allerdings am entschiedenen Widerstand von SPD und CSU scheiterte.

Als die Pläne für die Ansiedlung eines Bürogebäudes und des Streuobstzentrums konkret wurden, fiel es dem Verwaltungsleiter Roger Horn auf, dass das Gebiet in der Wasserschutzzone IIIA liegt, in der die Ausweisung eines Baugebiets nicht zulässig ist. Das war vorher niemandem aufgefallen, auch der MM nicht. Im Flächennutzungsplan ist die Fläche zwar als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen, was allerdings keinen Rechtsanspruch auf die Realisierung eines Wohnbaugebiets bedeutet. Eigentlich war es allen klar, dass dort wegen der Nähe zur Staatsstraße und der damit verbundenen Lärmbelastung eine Wohnbebauung kaum möglich ist.

Seitdem der MM bewusst wurde, dass dort wegen des Wasserschutzes die Ausweisung eines Baugebiets nicht zulässig ist, war es klar, dass die MM den Plänen von CSU und SPD nicht zustimmen konnte. Verwunderlich war es allerdings, dass Landratsamt und Wasserwirtschaftsamt trotzdem dem Drängen der Gemeinde nachgaben und die Zustimmung zur Bebauung unter gewissen Auflagen in Aussicht stellten, weil das Gebiet bereits im Flächennutzungsplan als Baufläche ausgewiesen sei. Dabei entfaltet der Flächennutzungsplan gegenüber den Bürgern keine unmittelbare rechtliche Wirkungen. Baurechte aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes kann man daher nicht herleiten.

Bürger ergreifen die Initiative

Es war dann allerdings nicht die MM, sondern eine Gruppe von parteipolitisch ungebundenen Bürgerinnen und Bürgern, die schließlich in letzter Minute, nachdem der Gemeinderat mehrheitlich den Verkauf gemeindeeigener Flächen für das Bürogebäude beschlossen hatte, die Initiative ergriff und ein Bürgerbegehren zur Erhaltung des Gebiets im naturnahen Zustand auf den Weg brachte. Dieser Initiative schloss sich dann der örtliche Bund Naturschutz an. Die MM begrüßt zwar eindeutig die Initiative dieser Bürgerinitiative, hielt sich dabei aber bewusst zurück, um das Bürgerbegehren nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren. (Es gab übrigens schon einmal ein Bürgerbegehren gegen die Ansiedlung einer Brotfabrik der Firma Brot-Götz zwischen der Wasserschutzzone im Sandflurgebiet und den Badeseen. Als sich abzeichnete, dass das vom Bund Naturschutz, der MM und damals auch von der Jungen Union unterstützte Begehren besonders im Altort auf große Resonanz stieß, zog der Firmenchef seine Ansiedlungspläne zurück, so dass es nicht zum Bürgerentscheid kam.)

Da der Gemeinderat bereits den Verkauf einer 1250 qm großen Fläche für das Bürogebäude beschlossen hatte, musste die Bürgerinitiative über Ostern in kürzester Zeit die nötigen Unterschriften für das Bürgerbegehren sammeln, bevor der Verkauf rechtswirksam wurde. Dass gerade in Coronazeiten über Ostern rund 600 Unterschriften für das Bürgerbegehren zusammenkamen, war beachtlich und hat viele überrascht, zumal die drei Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden von CSU und SPD mit einem Flugblatt dagegen hielten und der Bürgerinitiative falsche Informationen unterstellten. Bis heute sind die Baubefürworter allerdings den Beweis dafür schuldig geblieben.



Worum geht es eigentlich?

Es sind vor allem zwei Gründe, warum sich die Bürgerinitiative und die MM gegen die Bebauung wehren. Einerseits geht es dabei um den Schutz des Grundwassers. Unter normalen Voraussetzungen könnte man da vielleicht ein Auge zudrücken. Leider haben wir keine normalen Bedingungen, sondern ein gravierendes Nitratproblem und seit einiger Zeit sogar Nitratwerte über dem Grenzwert, so dass es um jedes Milligramm geht.

Außerdem ist der Ortseingang von Erlabrunn her ein städtebaulich und landschaftlich sehr sensibler Bereich, der mit seiner Streuobstwiese nicht angetastet werden sollte. So spricht auch das von der Gemeinde für viel Geld in Auftrag gegebene Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) von einer naturschutzrechtlich delikaten Fläche, die von Bebauung freigehalten werden sollte.

Es spricht noch mehr gegen die Bebauung

Mittlerweile ist klar, dass noch viel mehr gegen die dortige Bebauung spricht. Das geht aus dem ausführlichen Protokoll eines Termins am 9.2.21 im Landratsamt hervor, an dem neben den beiden

Bürgermeistern acht Vertreter aus mehreren Referaten und der Landrat höchstpersönlich teilnahmen, was außergewöhnlich ist. Nach der Stellungnahme des Landratsamts muss die Bebauung wegen der Überschreitung der Grenze des Flächennutzungsplans im Norden mehr nach Süden gerückt werden. Talseits zur Staatsstraße soll eine „landwirtschaftliche Fläche“ ausgewiesen werden, die ebenfalls nicht bebaubar ist. Und auf der Südseite liegt eine private Fläche, die für eine Bebauung nicht zur Verfügung steht. Und schließlich verläuft im nordöstlichen Bereich die Ferngasleitung, die ebenfalls nicht überbaut werden darf. Im Klartext bedeutet das, dass es für ein Streuobstzentrum reichlich eng wird, da man dem Bauinteressenten bereits 1250 qm zugesagt hat und die Bebauung möglichst nahe an die Heinrich-Böll-Straße gerückt werden soll, wo übrigens die meisten Bäume gerodet werden müssten. Auch die als Ausgleich für die Eingriffe geplante Pflanzung von Obstbäumen auf dem Areal wurde vom Landratsamt bemängelt, weil sie viel zu eng stehen würden.

Wegen des hängigen Geländes werden die Gebäude nach Osten zu deutlich höher und die erforderlichen Stellplätze dürften nur schwierig unterzubringen sein.

Es ist unverständlich, dass dieses Protokoll des Landratsamts, das auch weitere Einschränkungen vorsieht, dem Gemeinderat – zumindest den MM-Gemeinderäten – **vor der entscheidenden Abstimmung nicht zugänglich** gemacht wurde.

Bürgermeister Brohm und CSU wie auch SPD haben immer entrüstet reagiert, wenn Bürger im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Bebauung am Zeilwegeingang von mangelnder Information der Öffentlichkeit gesprochen haben. Nachdem sich nun herausstellt, dass zumindest sogar Teile des Gemeinderats vor der Entscheidung längst nicht alle Informationen erhalten haben, wie sollen dann die Bürger umfassend informiert sein?

Deshalb hat MM-Gemeinderätin Stephanie Röll vorgeschlagen, noch vor dem Bürgerentscheid, die Lage der einzelnen Gebäude mit Flatterband zu markieren, damit die Bevölkerung sich vor dem Bürgerentscheid ein realistisches Bild machen kann. Bürgermeister Brohm ist darauf allerdings nicht eingegangen.

Fakt ist, dass noch gar nicht sicher ist, wo und ob ein Streuobstzentrum überhaupt noch untergebracht werden kann, wenn bereits vorher das Bürogebäude gebaut wird. Laut Bürgermeister Brohm wird wohl frühestens in drei Jahren das

Streuobstzentrum ins Genehmigungsverfahren gehen können, falls bis dahin die Finanzierung sichergestellt ist, auch wenn so ein Streuobstzentrum nicht unbedingt 10 Millionen Euro kosten muss, wie das von der Landesanstalt in Veitshöchheim für die Gemeinde ursprünglich projektierte Zentrum kosten sollte. Es ist unverständlich, dass man die Bebauung des Zeilwegeingangs mit heißer Nadel gestrickt hat und ohne verlässliche Grundlagen vollendete Tatsachen schaffen will. Daran ist nicht zuletzt die SPD schuld, die vor allem an der Realisierung des Bürogebäudes interessiert ist.

Und noch etwas ist von Belang: Wenn Bürgermeister Brohm immer wieder betont, dass es „außer diesen zwei Bauvorhaben keine weiteren Ansiedlungen oder Bebauungen da oben geben“ wird, „weder heute noch morgen oder in 10 oder 20 Jahren“, muss man wissen, dass ein Bürgerentscheid nur ein Jahr bindend ist und nicht nur die Gemeinde, sondern ein privater Grundstückseigentümer nach Ansicht der Gemeinde durchaus die Möglichkeit haben könnte, dort ebenfalls ein Bauvorhaben zu verwirklichen. Wir vertrauen Bürgermeister Brohm, wissen aber auch, dass nach ihm, wenn er in spätestens 5 Jahren abtritt, alles möglich ist, also auch eine weitere Bebauung.

Wer sich noch umfassender mit der Materie beschäftigen will, findet auf der Sonderseite „Bürgerbegehren Zeilwegeinfahrt“ auf der MM-Website umfangreiche Informationen:



<http://www.margetshoechheimer-mitte.de/sonderseiten/025e73ad201310e02/index.html>

Es gibt auch Alternativen

Die MM ist wahrlich kein Gegner des Streuobstbaus, der ökologisch hochwertig und für unsere Landschaft eine Bereicherung ist. Wir bezweifeln allerdings, dass der Streuobstbau die ideale Lösung für unsere Nitratprobleme ist, wie es der Bürgermeister gerne behauptet. Und es macht schon gar keinen Sinn, ein Streuobstzentrum in

die Wasserschutzzone zu bauen, wenn es Alternativen gibt.

Die Befürworter der Bebauung an der Einfahrt zum Zeilweggebiet argumentieren ja vor allem damit, dass dort der ideale Standort für ein Streuobstzentrum sei. Auf den ersten Blick bietet es sich schon an, ein Streuobstzentrum in das Streuobstgebiet zu legen. Aber auch wirklich nur auf den ersten Blick, da es sich wegen der Lage in der Wasserschutzzone IIIA um einen sensiblen Bereich handelt. Bevor man so etwas entscheidet, müsste man erst einmal wissen, was dort alles ablaufen soll. Einerseits spricht man davon, dass dort eine Halle für Geräte und Streuobstprodukte und natürlich auch Räume für die Verwaltung der Streuobstgenossenschaft, deren Schulungsräume und ein Verkaufsraum untergebracht werden sollen. Andererseits stellt sich der Bürgermeister offensichtlich ein Zentrum mit erheblichem Publikumsverkehr vor, was zum Standort in der Zone IIIA und zu den örtlichen Gegebenheiten gar nicht passen würde. Als Vorbild dient ihm das Gramschatzer Walderlebniszentrum, wie er der Main-Post (8. Mai) erklärt hat. So sollen wohl Busse mit Besuchern im Bereich der Zeilwegeinfahrt parken, wo derzeit die Spargelhütte steht. Von da sollen die Besucher dann wohl über die Heinrich-Böll-Straße zum Streuobstzentrum laufen.

Da stellt sich schon berechtigterweise die Frage nach einer Standortalternative, auch wenn bezweifelt werden kann, dass das Streuobstzentrum der große Publikumsmagnet sein wird. Die von der Gemeinde beabsichtigte Umnutzung der ehemaligen Obsthalle zu einer Parkscheune wäre durchaus eine Alternative. Die weitläufigen Kellerräume böten genügend Raum für Geräte und Lagerraum für Produkte der Streuobstgenossenschaft. Das Erdgeschoss stünde als Parkfläche zur Verfügung, und im Obergeschoss könnten Büro- und Schulungsraum der Streuobstgenossenschaft und evtl. auch ein Raum für die Vereine untergebracht werden. Dafür müsste man lediglich auf das Parkdeck im Obergeschoss verzichten. Wenn man sieht, wie wenig der Parkplatz an der Ludwigstraße angenommen wird, kann der Verzicht auf das zweite Parkdeck nicht der große Verlust sein.

Am 25. Juli entscheiden die Bürger

Der Gemeinderat hat in einer Sondersitzung am 5. Mai das **Bürgerbegehren zur Erhaltung des Gebiets im naturnahen Zustand** zugelassen und gleichzeitig als Gegenposition mit den Stimmen von CSU und SPD ein **Ratsbegehren für**

die Bebauung mit einem Bürogebäude und einem Streuobstzentrum beschlossen. Am 25. Juli findet dann über die beiden Begehren ein Bürgerentscheid statt, der als reine Briefwahl durchgeführt wird. Das bedeutet, dass alle Bürger Ende Juni /Anfang Juli Briefwahlunterlagen erhalten, die sie dann bis zum 25. Juli an die Gemeinde zurücksenden oder im Rathaus einwerfen können.

Stimmzettel für die Bürgerentscheide
in Margetshöchheim
am 25. Juli 2021

| Bürgerentscheid 1: Ratsbegehren | Bürgerentscheid 2: Bürgerbegehren |
|---|--|
| Sind Sie dafür, dass das Gelände am Zeilweg mit den Fl.Nr. 2315/3 bis 2330/2 im Randbereich der Heinrich-Böll-Straße nur mit 1/3 der Fläche mit einem Streuobstzentrum und einem Bürogebäude bebaut wird und ca. 2/3 der Fläche mit hochwertigen Obstbäumen am nördlichen Ortseingang verbleiben? | Sind Sie dafür, dass das Gebiet nördlich der Zeilwegeinfahrt (von den Flurnummern 2315/3 im Süden bis zu 2331/1 im Norden) von Bebauung freigehalten wird, im jetzigen naturnahen Zustand erhalten wird und die dortigen Gemeindeflächen nicht veräußert werden? |
| Sie haben hier eine Stimme. | Sie haben hier eine Stimme. |
| <input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein | <input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein |
| Stichfrage | |
| Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarnden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja beantwortet? | |
| Welche Entscheidung soll dann gelten? | |
| Sie haben hier eine Stimme. | |
| <input type="radio"/> Bürgerentscheid 1 (Ratsbegehren) | <input checked="" type="radio"/> Bürgerentscheid 2 (Bürgerbegehren) |

Wichtig ist noch folgender Hinweis: Wenn Sie beide Begehren mit Ja ankreuzen, dann widerspricht sich das. Wenn Sie beim Bürgerbegehren für die Erhaltung des naturnahen Zustands „Ja“ ankreuzen, müssten Sie logischerweise beim Ratsbegehren für die Bebauung „Nein“ ankreuzen. Da es trotzdem immer wieder vorkommt, dass beide Fragen mit „Ja“ angekreuzt werden, gibt es noch eine „Stichfrage“, bei der Sie entscheiden können, ob im Zweifelsfall das Ratsbegehren oder das Bürgerbegehren gelten soll.

Abschließend ist festzustellen: Der Bürgermeister und die Fraktionen von CSU und SPD sind recht blauäugig an ihr Lieblingsprojekt („Leuchtturmprojekt“) herangegangen. Wenn man sich vorher schlau gemacht und alle Karten auf den Tisch gelegt hätte, hätte man sich und allen anderen viel Ärger ersparen können. Bis heute ist nämlich noch längst nicht klar, ob der hochgepriesene Leuchtturm nicht zum Strohhalm wird.

... MM-koMMunal ... MM-koMMunal ... MM-koMMunal

Beachtliche Energieeinsparung

Die Bemühungen der Gemeinde bei der Energieeinsparung sind von Erfolg gekrönt. So ging der Stromverbrauch durch die Straßenbeleuchtung auf Grund der Umstellung auf LED-Leuchten von 142.000 auf unter 40.000 kWh zurück. Im Rathaus sank der Energieverbrauch von 30.000 auf 23.000 kWh. Lediglich im Bauhof stieg der Verbrauch. Das liegt daran, dass in den dort angeschlossenen Obdachlosencontainern mit Strom geheizt wird.

Tennishalle wechselt Erbbauberechtigten

In der Main-Post konnte man lesen, dass die Tennishalle an einen Investor verkauft worden sei. Das ist so nicht richtig. Die Tennishalle wurde von Anfang an im Erbbaurecht an drei Investoren vergeben. Inzwischen lag das Erbbaurecht nur noch beim CSU-Abgeordneten Hans Michelbach, der das Erbbaurecht schon seit längerer Zeit losbekommen wollte.

Mittlerweile wurde das Erbbaurecht in Absprache mit der Gemeinde an die Schenk Vermögensverwaltung übertragen, was vielen wohl vorher nicht bekannt war. Gerade bei Grundstücksangelegenheiten ist die öffentliche Behandlung auch aus rechtlichen Gründen schwierig, weil solche Angelegenheiten unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden müssen, zumindest wenn es um Käufer und Preise geht. Da aber beim Verkauf von Gemeindegemeindenimmobilien durchaus ein großes öffentliches Interesse besteht, hat die MM schon seit langem gefordert, dass grundsätzliche Entscheidungen (wie z.B. der Verkauf) in öffentlicher Sitzung diskutiert werden müssten und Preise und Käufer anschließend im nichtöffentlichen Teil entschieden werden sollten.

Taten statt Worte

Michael Göpfert, der als Kandidat auf der MM-Gemeinderatsliste schon mehrmals ein beachtliches Ergebnis eingefahren hat, ist weit über die Grenzen Margetshöchheims hinaus dafür bekannt, dass er ohne große Worte für den Naturschutz oder andere Menschen aktiv ist, egal ob es sich um mehrere hundert Nistkästen, Sitzgelegenheiten für müde Wanderer oder um die Spende des Preisgelds für den Altortpreis an den Kindergarten geht. Vor kurzem hat er der Gemeinde eine außergewöhnliche Sitzgruppe am Beach-Volleyball-Platz gespendet. In einigen

Jahren werden dort auch mehrere Speierlingsbäume und ein Maulbeerbaum für Schatten sorgen.



Auch in anderer Hinsicht schritt er, ohne lang zu fragen, zur Tat. Da eine junge Pappel und eine Korkenzieherweide dem Biber zum Opfer fielen, hat er den jungen Pappeln am Main "Zwangsjacken" in Form von Drahtrosen verpasst.

Neues vom Mainsteg

Am 26. Mai fand mit Vertretern des Wasserstraßen-Neubauamts ein Gesprächstermin statt. - Der Bau des Mainstegs verläuft momentan vom Zeitablauf und den Kosten her im Rahmen. In Kürze wird eine Rechnung in Höhe von ca. 350.000 € erwartet.

- Ende Juli soll in kleinem Rahmen mit dem Gemeinderat und evtl. Vereinsvertretern eine nachträgliche Grundsteinlegung stattfinden.

- Die Gemeinderäte in Margetshöchheim und Veitshöchheim sollen sich über einen Namen für den neuen Steg Gedanken machen.

- Die Fertigstellung des Stegs ist für den 22.2.22 angepeilt.

- Falls es keine Verzögerungen beim Bauablauf gibt, soll der alte Steg im März 2022 abgerissen werden.

- Vom Neubau des Stegs war bislang nur wenig zu sehen. Mitte August soll sich das ändern, wenn voraussichtlich am 10. August die Pylone aufgestellt werden, an denen der Steg aufgehängt wird. Hierzu wird der Main für die Schifffahrt gesperrt.

- Da der Steg seit Jahrzehnten ein beliebtes Brutquartier für die Mehlschwalben ist, wurden im Frühjahr auf beiden Seiten des Mains als Ausgleichsmaßnahme Ersatznistsäulen aufgestellt. Auf Margetshöchheimer Seite steht das Ersatzquartier am Main auf Höhe des Steinernen Wegs. Damit die Schwalben sich bis zum Abriss auf ein

Ersatzquartier einstellen können, wurden die Schwalbenhäuser bereits jetzt aufgestellt. Ob sie allerdings bereits jetzt angenommen werden, ist zweifelhaft. Wer zieht schon gerne um, wenn die alte, liebgewonnene Wohnung noch intakt ist. Deshalb muss der alte Steg noch vor dem Beginn der Schwalbenbrutsaison abgerissen werden, weil sonst der Steg mitsamt der Brut abgerissen wird. Außerdem kann der Steg nur während der alljährlichen Schifffahrtsruhe im April abgerissen werden, wenn - wie üblich - die Schleusen repariert werden. Schließlich soll der alte Steg über Wasser demontiert werden.



Vor einigen Jahrzehnten gab es übrigens gewaltigen Ärger, weil die Gemeinde mitten in der Brutzeit den Steg sanieren und den Stegtrog mitsamt den Schwalbennestern sandstrahlen ließ. Als die Naturschützer dagegen protestierten und die Arbeiten eingestellt werden mussten, waren sie natürlich - wie damals üblich - die Bösen. Heute ist man in solchen Dingen etwas sensibler, wobei noch lange nicht sicher ist, ob die Schwalben die Notunterkunft auch tatsächlich annehmen.

Grenzwertig

Seit einem Jahr bewegen sich die Nitratwerte in den beiden Margetshöchheimer Brunnen um und teilweise auch knapp über dem Grenzwert von 50 mg/l. Nach jahrelangen Bemühungen der Gemeinde war es gelungen, die Werte von bis zu 80 mg/l in den 80er Jahren einigermaßen unter den Grenzwert zu drücken. Seit einem Jahr ist allerdings das eingetreten, was wir angesichts der extremen Trockenheit der letzten Jahre befürchtet haben. Das Nitrat ist mangels Verdünnung durch Niederschläge und weil die verheerende Trockenheit in Nordbayern auch der Landwirtschaft zu schaffen macht, im Grundwasser und somit auch in unserem Trinkwasser angekommen. Anfang März 2021 lagen die Nitratwerte im Brunnen I bei 51 mg/l und im Brunnen II bei 52,5, mg/l.

Leider hat man in der bayerischen Staatsregierung wohl immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Das mussten vor eineinhalb Jahren Bürgermeister Brohm und sein damaliger Stellvertreter Etthöfer bei einem Gesprächstermin mit Vertretern von Landwirtschafts- und Umweltministerium im Landtag zur Kenntnis nehmen. Dass man in München auch heute noch herzlich wenig für die Erhaltung der kleinen kommunalen Trinkwasserversorgungen übrig hat, konnte man der Initiative von Umweltminister Glauber entnehmen, der voll auf Fernwasserbeileitung setzt und sich wohl auch mit Rücksicht auf Ministerin Kaniber und vor allem auf Aiwanger, den Chefpopulisten der Freien Wähler, nicht an die landwirtschaftlichen Ursachen heranwagt. Glaubers Konzept: Schöne Worte, wenig Hoffnung.

Ein weiteres fatales Signal ist, dass in Bayern stark nitratbelastete Regionen wie Margetshöchheim aus der Karte mit den sog. roten, stark nitratbelasteten Gebieten gestrichen wurde, in denen strengere Auflagen für die Landwirtschaft gelten.

Das ist auch das falsche Signal für die Landwirte, die verantwortungsvoll und grundwasserschonend wirtschaften. Andererseits ist auch nicht auszuschließen, dass in Margetshöchheim der eine oder andere Landwirt zu viel gedüngt hat, so dass die Gemeinde hier verstärkt mit Bodenproben kontrollieren muss.

Die Nitratentwicklung der letzten Jahre finden Sie auf der MM-Website unter der Rubrik „unser Trinkwasser / Nitratwerte“.

Margarete ab sofort buchbar

Der Verleih des Lastenrades ist gestartet - ab sofort kann das Fahrrad über die u. g. Website gebucht werden und an der Verleihstation Margarethenhalle bei Frank Eckert abgeholt werden.



Das Angebot wird ermöglicht durch die „Initiative Freies Lastenrad Würzburg“ und die Ge-

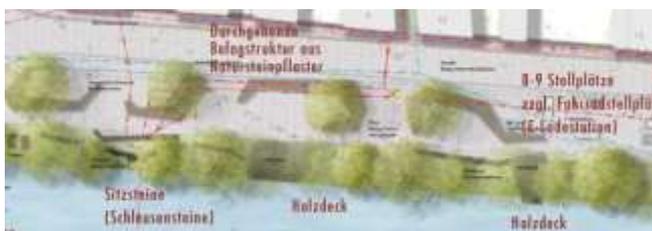
meinde Margetshöchheim und geht auf eine Initiative der MM-Gemeinderätin Stephanie Röhl zurück.

So geht's: www.lastenrad-margetshoechheim.de aufrufen. Registrieren. Gewünschten Zeitraum über den Buchungskalender auswählen. Buchung bestätigen. Nach Erhalt der Bestätigung einen Übergabetermin mit der Verleihstation vereinbaren (Kontaktdaten befinden sich in der E-Mail). Fahrrad abholen und los geht's.

Wie geht's mit der Mainpromenade weiter?

Die Telekom hat in den letzten Jahren bis zu verschiedenen Übergabepunkten im Ort eine Glasfaserleitung gelegt, von denen aus die Anwesen im Umfeld über Kupferkabel angeschlossen sind. Das darf man nicht mit dem Vorhaben der Deutschen Glasfaser verwechseln, die Glasfaserleitungen bis in die Häuser legen will. Einer dieser Glasfaserknotenpunkte für den Altort liegt im Zentrum der Mainstraße. Als dort vor einigen Jahren ein Standort für den Verteilerkasten gesucht wurde, versteckte man ihn nach intensiver Suche unter dem Steg an einem Pfeiler, da sonst das Ortsbild mit den renovierten historischen Fassaden massiv beeinträchtigt worden wäre. Da mittlerweile die Arbeiten für den neuen Steg begonnen haben, ist nach Ansicht der Gemeinde im nächsten Jahr mit dem Abriss des alten Stegs zu rechnen, wobei 2023 wohl realistischer sein dürfte. Egal wann, dann muss der Schaltkasten auf jeden Fall vorher versetzt werden. Alle bisher diskutierten Ersatzstandorte sind inakzeptabel, wenn man die Altortsanierung ernst nimmt.

SPD-Gemeinderätin Kircher forderte nun in einer Bauausschusssitzung, dass das Büro Arc Grün umgehend mit der Feinplanung beauftragt werde. Es könne dann Vorschläge für einen geeigneten Standort machen. Auf den ersten Blick mag das sinnvoll sein. Angesichts des bisherigen Vorschlags von Arc Grün im zentralen Abschnitt der Mainstraße eine Reihe von Betonbänken in der Platzmitte aufzustellen, die bestenfalls als betonierter Schlag ins Auge der Altortsanierung eingestuft werden können, ist kaum mit einer



Mainpromenade, zentraler Platz mit 4 grauen Betonbänken

sinnvollen Alternative zu rechnen, allenfalls mit einer Verschlimmbesserung. Ende Mai konnte man der Main-Post übrigens entnehmen, dass arc.grün auch Estenfeld mit solchen Betonbänken beglücken will, was dort nicht gut ankam.

Angesichts der bisherigen Erfahrungen beim Bauabschnitt I der Mainpromenade sollte man sich davon verabschieden, nach dem Motto "Nun plant mal schön" auf eine für das Ortsbild und die Platznutzung verträgliche Lösung zu warten. Von einem Gemeinderat, der mit der örtlichen Situation wohl vertraut sein sollte, kann man doch erwarten, dass er sich mit der Materie bereits im Vorfeld intensiv beschäftigt und eigene Zielvorstellungen erarbeitet und Argumente sammelt, die dann zusammen mit dem Sachverständigen eines Planungsbüros zu einer tragfähigen und praktikablen Lösung gebündelt werden können. Der Schaltkasten der Telekom ist ein Paradebeispiel dafür, dass man sich nicht darauf verlassen sollte, dass am Schluss eine Notlösung gefunden wird. Gerade, wenn extrem störende Elemente auszuschalten sind, kann man nicht früh genug mit den Überlegungen anfangen. Solche Störfaktoren sind nicht nur der Schaltkasten der Telekom, sondern auch die Infrastrukturelemente (Anschlüsse für Wasser, Strom usw.) für die Nutzung des Platzes beim Margaretenfest, der MainArt oder etwa einem Wochenmarkt. Darüber wurde übrigens bereits intensiv von den Margaretenfestvereinen mit dem Vertreter von Arc.Grün diskutiert, zumal selbst für einen Blinden mit Krückstock klar war, dass die Betonbänke jegliche sinnvolle Nutzung behindern.

Ganz abgesehen davon, dass sich kein Mensch auf eine Betonbank in der Mitte eines gepflasterten Platzes setzt. Bänke werden angenommen, wenn sie am Ufer stehen und den Blick auf den Main ermöglichen.



Pavillon-Standorte

Bei der damaligen Besprechung der Vereine hat der Vertreter des Planungsbüros deutlich gemacht, dass er notfalls auf einige Bänke verzichten könne, nicht aber auf die am Anfang und am Ende des Platzes, da die den Platz begrenzen würden.

Etthöfer hat deshalb vorgeschlagen, statt der Betonbänke an den Anfang und das Ende des Platzes je einen graziilen Stahlpavillon zu setzen, der u.a. die Infrastrukturelemente und einen Infopoint aufnehmen könnte. Dafür spricht auch, dass bei der Vereinsbesprechung bekannt wurde, dass die Energieversorgung wegen der Hochwassergefahr in ca. 2 m Höhe installiert werden sollte. In so einem Pavillon könnte man also an den beiden Enden des Platzes Anschlüsse für Wasser und Strom vorsehen. Der nördliche Pavillon auf Höhe Mainstraße 12 müsste zwangsläufig auf den Entlüftungspollern der Fernwasserleitung stehen, da diese ein unveränderlicher Fixpunkt sind. Der Pavillon könnte zusätzlich für einen Infopoint genutzt werden und außerdem den hässlichen Stromkasten an der Mauer des Heymannshauses ersetzen, das ohne Zweifel der Blickfang am Platz ist. Im Süden könnte der Pavillon etwa an der bisherigen Stegkehre stehen und neben Wasser und Strom auch den Telekomkasten aufnehmen.

Bei entsprechender Einhausung wären die wenig ansehnlichen technischen Installationen gut kaschiert und der Platz durch die Pavillons aus unbeschichtetem Stahl sinnvoll gegliedert und genutzt.

Wenn man die Schokoladenseite unseres Ortes nicht verhunzen, sondern aufwerten will, sollte man sich möglichst bald Gedanken darüber machen, wie man an dieser empfindlichen Stelle Infrastruktur und Ortsbild vereinen kann.

Dass keine Zeit zu verlieren ist, sieht man auch am Bauabschnitt I zwischen dem Steinernen Weg und dem neuen Steg. Dieses (ohne den Radweg) 1 Mio. Euro teure Spielplatzareal wird wohl erst nach der Fertigstellung des neuen Stegs fertig. Das bedeutet, dass die Einwohner zur Hauptverbindung nach Veitshöchheim durch eine Baustelle laufen dürfen. Das hätte man früher und billiger bekommen können, wenn man auf die Vorschläge der MM eingegangen wäre.

Langsam wird es für die Krippe eng

Schon etwa 10 Jahre steht in Margetshöchheim eine Kinderkrippe, die nicht benutzt werden kann, weil sie gravierende Baumängel aufweist. Der Rechtsstreit über die Verantwortlichkeiten zieht sich bald ebenso lang hin und mit wenig

Aussicht auf durchschlagenden Erfolg. Wer hier jetzt eine präzise Schuldverteilung darstellen will, gelangt schnell an seine Grenzen. Fragt man weiter, warum die Bauruine nicht in Stand gesetzt wurde, so ist nicht die Gemeinde zuständig. Laut Erbbaurechtsvertrag liegt die Verantwortung für die Renovierung der Bauruine Kinderkrippe in den Händen der Kirche, die aber leider, so erlebt es die Gemeinde, nichts tut. Es ist eine Schande, dass inzwischen die Containerkosten bald die Baukosten der Kinderkrippe einholen, aber die Verantwortlichen in der Kirche scheint das nicht zu berühren.

Die Zeit drängt, denn die Containerlösung ist zeitlich begrenzt (übrigens die Container werden im August durch neue ersetzt!), und die Eltern haben einen rechtlichen Anspruch darauf, dass ihre Kinder im Kindergarten bzw. in der Krippe versorgt werden.

Unabhängig von dem Krippendesaster ist ein Erweiterungsgebäude dringend erforderlich, das nun von der Gemeinde auf eigene Kosten auf den Weg gebracht werden soll. Da die Containerkosten wohl bereits die Baukosten für die marode Krippe erreicht haben, ist keine Zeit zu verlieren. Gedacht ist an ein viergruppiges Gebäude in modularer Bauweise, um flexibel auf den zukünftigen Bedarf reagieren zu können.

Auf die Gemeinde kommen nicht nur finanziell erhebliche Belastungen zu. Das Bauamt wird auch wegen der parallel laufenden Sanierung der Verbandsschule nicht in der Lage sein, das alles zu stemmen, so dass an ein externes Bauamt gedacht ist, das Planung und Ausführung überwacht.

Über diese Fragen soll dann der Gemeinderat nach den Sommerferien entscheiden, spätestens im Dezember 2021 sollen über die Projektsteuerung und das Vergabeverfahren entschieden sein. Inzwischen ist allen Fraktionen im Gemeinderat bewusst, wie dringlich dieses Vorhaben ist. Und man hat erkannt, dass die Gemeinde das Projekt Kindergarten und Kinderkrippe in eigener Verantwortung lösen muss.

Hoffen wir, dass es diesmal keine unendliche Geschichte wird!

Interessiert an Themen zu Umwelt und Natur?

Sie möchten sich gerne einbringen oder sich zu den vielfältigen Themen mit uns austauschen und unsere Arbeit unterstützen? Dann kontaktieren Sie uns: E-Mail: mm@margetshoechheimer-mitte.de